

Das Regierungsprogramm im Bodenschutz-Check

JÄNNER 2022

Bodenschutz-relevantes Projekt gemäß Regierungsprogramm Status

Österreichweite Bodenschutzstrategie für sparsameren Flächenverbrauch	●
Zielpfad zur Reduktion des Flächenverbrauchs auf netto 2,5 Hektar pro Tag bis 2030	●
Umsetzung der ÖROK-Empfehlungen zur Stärkung der Orts- und Stadtkerne, zum Flächensparen, Flächenmanagement und zur aktiven Bodenpolitik	●
Ausweisung von landwirtschaftlichen Produktionsflächen und ökologischen Vorrangflächen	●
Bodenfunktionsbewertung inklusive CO ₂ -Speicherkapazität	●
Förderung und Erweiterung von Brachflächenrecycling	●
Leerstandsmanagement (Erhebung, Datenbank, Aktivierung)	●
Stärkung der überregionalen Raumplanung	●
Förderung der Baukultur	●
Klima- und Bodenverbrauchs-Check	●
Umweltverfahren verbessern	●
Ökologisierung des Steuersystems	●
Neuer Finanzausgleich mit klareren Regeln zwischen Gebietskörperschaften	●
Ökologisierung der Wohnbauförderung (inkl. Stärkung Sanierung, umweltschonendes Bauen)	●
Vorrang von Nachverdichtung und Überbauung vor Versiegelung grüner Wiesen, Förderung von flächenoptimierten Bauweisen bei Neubauten	●
Erneuerung der nationalen Biodiversitätsstrategie sowie Aufnahme aller Sektoren	●
Finanzierung eines Biodiversitätsfonds zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie	●
Unterstützung der Bundesländer bei der Ausweisung neuer und Erhaltung von bestehenden Wildnisgebieten, Natura 2000-Gebieten, Biosphärenparks und Schutzgebieten	●
Schaffung neuer und Erweiterung bestehender Nationalparks	●
Konzept für Schutz und nachhaltige Nutzung alpiner Freiräume gemäß Alpenkonvention	●
Novellierung des Energieeffizienzgesetzes	●
Erneuerbaren-Ausbau unter Beachtung strenger Kriterien in Bezug auf Ökologie und Naturverträglichkeit	●

Über das WWF-Bodenschutz-Barometer

Anhand eines Ampelsystems zeigt das WWF-Monitoring den Stand der im Regierungsprogramm versprochenen Maßnahmen mit Bodenschutz-Relevanz. Die Bewertung zeigt, inwiefern die Vorhaben erfolgreich und vollständig (grün), nur teilweise (gelb) oder noch gar nicht umgesetzt sind (rot).

Bewertung im Detail: Nur bei 7 von 22 Projekten Fortschritte erkennbar (●)

Förderung und Erweiterung von Brachflächen-recycling

Die Förderung ist im Entwurf des UFG enthalten, aber noch nicht mit ausreichend Budget und einem Umsetzungsplan für die Praxis versehen.

Klima- und Bodenverbrauchs-Check

Die Umweltministerin hat mehrere klimaschädliche und bodenfressende Straßenbau-Vorhaben überprüft und teilweise gestoppt, darunter den kritischen Lo-bau-Tunnel unter dem Nationalpark Donau-Auen. Die gesetzliche Umsetzung des Klimachecks im Klimaschutzgesetz und im Umweltrecht steht aber aus. Die nötigen Novellen sind für 2022 avisiert.

Ökologisierung des Steuersystems

Die Einführung der CO₂-Bepreisung ist ein Fortschritt, müsste aber ambitionierter ausfallen. Nötig wäre ein Einstiegspreis von zumindest 50 bis 60 Euro pro Tonne CO₂, der bis 2025 auf 150 Euro pro Tonne CO₂ erhöht wird und bis über 2030 hinaus wächst. Geradezu fahrlässig ist der fehlende Abbau umweltschädlicher Subventionen. Laut WIFO werden allein in den Bereichen Energie und Verkehr bis zu 4,7 Milliarden Euro pro Jahr mit potenziell negativen Umwelteffekten ausgegeben. Das befeuert neben der Klimakrise auch den Bodenverbrauch, weil zum Beispiel die Zersiedelung der Landschaft gefördert wird. Deshalb ist es unverständlich, dass die Bundesregierung weder das „Dieselprivileg“ streicht, noch die Pendelförderung ökologisiert.

Erneuerung der nationalen Biodiversitätsstrategie sowie Aufnahme aller Sektoren

Die Strategie liegt als Entwurf vor, ist bisher aber weder

beschlossen noch ambitioniert genug. Entscheidend wird die begleitende Umsetzung eines verbindlichen Aktionsplans für alle Bereiche.

Finanzierung eines Biodiversitätsfonds zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie

Das Umweltministerium hat erstmals einen Biodiversitätsfonds eingerichtet und finanziell dotiert. Zudem soll der Fonds im Umweltförderungsgesetz (UFG) verankert werden. Für eine Grün-Bewertung im Ampelsystem fehlt aber noch die Biodiversitätsstrategie mit und eine ausreichende Finanzierung.

Unterstützung der Bundesländer bei der Ausweisung neuer und Erhaltung von bestehenden Wildnisgebieten, Natura 2000-Gebieten, Biosphärenparks und Schutzgebieten

Für das Einlösen dieses Versprechens gibt es noch sehr viel zu tun, aber mit der Verankerung des vom WWF und seinen Partnern forcierten 5-Länder-Biosphärenparks Mur-Drau-Donau ist ein Fortschritt gelungen. Mit der politisch unterstützten UNESCO-Anerkennung entsteht Europas größtes Flussschutzgebiet.

Erneuerbaren-Ausbau unter Beachtung strenger Kriterien in Bezug auf Ökologie und Naturverträglichkeit

Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) wurde parlamentarisch beschlossen. Die versprochenen strengen ökologischen Kriterien wurden allerdings nur für die Wasserkraft umgesetzt – und auch hier mit Ausnahmen und Lücken.